



FDP
Die Liberalen



Kreisschulrat Aarau-Buchs

Motion

A. Inhalt

Unterzeichnende Kreisschulrätinnen und Kreisschulräte reichen mit heutigem Datum eine Motion ein mit nachfolgendem Inhalt.

Die Satzungen der Kreisschule Aarau-Buchs seien wie folgt zu ergänzen:

§ 18 Abs. 1bis der Satzungen (neu)

Der Schulvorstand legt dem Kreisschulrat wichtige strategische Entscheide zur Genehmigung vor. Ein wichtiger strategischer Entscheid liegt insbesondere dann vor, wenn er erhebliche finanzielle oder pädagogische Auswirkungen hat, wenn als Folge davon ganze Klassen aufgehoben werden oder wenn er die pädagogische oder örtliche Umgestaltung einzelner Stufen oder Abteilungen zur Folge hat. Im Zweifel entscheidet der Kreisschulrat, ob ein wichtiger strategischer Entscheid im Sinne dieser Bestimmung vorliegt.

B. Begründung der Motion

Der Kreisschulrat ist gemäss § 10 Abs. 1 der Satzungen das oberste Organ der Kreisschule Aarau-Buchs. In dieser Funktion nimmt er auch die Oberaufsicht über die Kreisschulpflege wahr und hat die Möglichkeit, Geschäfte wenn nötig an sich zu ziehen resp. eine entsprechende Satzungsänderung vorzunehmen, um seinen eigenen Zuständigkeitsbereich anzupassen oder zu erweitern. Nach mehr als fünf Jahren Erfahrung mit der Kreisschule Aarau-Buchs zeigt sich, dass eine solche Anpassung dringend angezeigt ist. Die Kreisschulpflege resp. der Schulvorstand treffen immer wieder "strategische" Entscheide mit enorm weitreichenden Folgen für Schülerinnen und Schüler, Lehrpersonen und Eltern, ohne dass der Kreisschulrat ein Mitspracherecht gehabt hätte. Ganz im Gegenteil: Der Kreisschulrat muss heute bedauerlicherweise als Gremium mit äusserst geringen Kompetenzen bezeichnet werden. Damit handelt es sich bei der Kreisschule Aarau-Buchs um ein Gebilde mit Demokratiedefiziten. Wichtige Entscheide werden von wenigen Personen getroffen, eine basisdemokratische Auseinandersetzungen findet nicht statt. Dabei scheint dies gerade im Schulbereich von enormer Bedeutung, da dieser in besonderem Masse vom Vertrauen der Bevölkerung, dabei insbesondere der Eltern, abhängig ist.

Seit der Gründung der Kreisschule sind insbesondere zwei wichtige strategische Entscheidungen des Vorstandes gefallen, die dringend eines demokratischen Diskurses bedürft hätten. Zunächst betraf dies die flächendeckende Einführung der Integrativen Schule (IS). Obwohl der Kreisschulrat bereits mehrfach seine Unzufriedenheit über diesen Entscheid zum Ausdruck gebracht und



FDP
Die Liberalen



alternative Modelle angeregt hat, wurden seitens des Schulvorstandes keine korrigierenden Schritte eingeleitet. Besonders stossend war dieser Entscheid auch darum, weil im Rahmen der Urnenabstimmung zur Schaffung der Kreisschule Aarau-Buchs explizit in Aussicht gestellt worden war, die Kleinklassen beizubehalten (Botschaft zur Urnenabstimmung vom 21. Mai 2017: «Die Einführung der kombinierten Sonderpädagogik, bestehend aus Kleinklassen und integrativer Schulung, ist trotz der anspruchsvollen Zuteilung der Schüler/-innen, aus pädagogischer Sicht, eine Chance.»). Eine frühzeitige Einbindung des Kreisschulrates hätte eine bereichernde Diskussion über die IS auslösen können. Auch wenn der Entscheid schlussendlich gleich gelautet hätte, wäre er zumindest demokratisch viel breiter abgestützt gewesen.

Ein weiterer strategischer Entscheid war die geplante Einführung der Stufendurchmischung auf der Oberstufe, die verbunden war mit einem Wunsch der damaligen Schulpflege nach einem einzigen Standort für die gesamte Oberstufe. Dieser "Wunsch" könnte nun den Bau eines Campus mit Kosten von bis zu 200 Millionen Franken zur Folge haben, wobei nicht sicher ist, ob das Projekt eine Volksabstimmung überstehen wird. Mit einer frühen Einbindung des Kreisschulrates hätte die berechtigte demokratische Diskussion geführt werden können, ob eine solche Stufendurchmischung überhaupt gewünscht ist und wenn ja, ob dafür wirklich ein einziger Standort sinnvoll ist. Wird diese Frage erst im Nachhinein – mit der Vorlage des Bauprojekts zuhanden der Stimmbürger – gestellt, besteht die Gefahr einer Ablehnung und damit einer damit verbundenen Verschwendung von Zeit und Ressourcen. Eine frühere öffentliche Auseinandersetzung könnte helfen, solche potentiellen Schiffbrüche zu vermeiden.

Der Kreisschulrat kann mit anderen Worten seine politische Verantwortung, die er insbesondere gegenüber den Stimmbürgern trägt, nur dann wahrnehmen, wenn er frühzeitig auch in wichtige strategischen Entscheide eingebunden wird.

Aarau, 14. November 2023

Nicole Burger

Barbara Deucher

Oliver Esser

Nicole Lehmann Fricker

Boris Meyer